

## Manuskript

# Beitrag: Geldwäscheparadies Deutschland – Löchrige Gesetze, schwierige Ermittlungen

**Sendung vom 30. Mai 2017**

von Herbert Klar und Markus Reichert

### **Anmoderation:**

210 Milliarden Euro zahlten Käufer im vergangenen Jahr für Immobilien in Deutschland. Sehr viel Geld. Und laut Bundeskriminalamt war ein beachtlicher Teil davon schmutzig. Kriminelle waschen ihr Geld gerne in der Bundesrepublik und besonders gern mit Immobilien. Der Bundesfinanzminister wollte gegen Geldwäsche hart vorgehen, herauskam eher Weichgespültes. So soll ein sogenanntes Transparenzregister zwar die wahren Eigentümer von Unternehmen offenlegen, es ist aber nicht öffentlich. Und für Immobilien hat Wolfgang Schäuble gar kein Register eingeplant. Markus Reichert und Herbert Klar über undurchsichtige Geschäfte mit Grund und Boden.

### **Text:**

Ein Gewerbegebiet in Salzgitter, Niedersachsen. 2011 verhaften Zollfahnder auf diesem Grundstück eine Bande Zigarettschmuggler. Die Ermittler finden heraus: Der illegale Gewinn war investiert worden - in diese Immobilie.

### **O-Ton Birgit Seel, Sprecherin Staatsanwaltschaft**

#### **Braunschweig:**

***Es ist ermittelt worden, wer Eigentümer dieses Grundstücks ist. Und man hat dann auch ermittelt, wie dieses Grundstück erworben worden ist. Das heißt, über welche Konten, mit welchen Kontoinhabern.***

Es stellt sich heraus, dass die Schmuggler hier gleich mehrere Häuser besaßen. Keiner ahnte etwas. Sie gaben sich als seriöse Geschäftsleute aus, das Geld floss aus anonymen Briefkastenfirmen nach Salzgitter. So wurde aus illegalem Gewinn legales Eigentum: Geldwäsche.

### **O-Ton Birgit Seel, Sprecherin Staatsanwaltschaft**

#### **Braunschweig:**

***Es werden Firmen eingeschaltet, es werden Mittelsmänner eingeschaltet, es werden Konten im Ausland genutzt, teilweise Zahlungswege genutzt, die für uns schwer zu überprüfen sind.***

Die Staatsanwaltschaften tun sich schwer im Kampf gegen Geldwäsche. Das macht Deutschland attraktiv für illegales Investment.

***O-Ton Michael Dewald, Leiter Financial Intelligence Unit, BKA:***

***Der Immobiliensektor ist definitiv ein Sektor, der von der Geldwäsche auch betroffen ist, auch stark betroffen ist. Also, es ist durchaus zu beobachten, dass Immobilien erworben werden und dann ruhen. Fast kann man sagen, eine klassische Geldanlage dann bedeuten. Es ist aber auch zu beobachten, dass hier schnelle Bewegungen von statten gehen. Und in dem Augenblick sich Geldwäsche in Deutschland breit macht.***

Frankfurt. Ende 2016 verhaftet die Polizei Verdächtige, beschlagnahmt Beweismittel, Luxusgüter und Bilder. Die Staatsanwaltschaft ermittelt: Verdacht auf Geldwäsche.

***O-Ton Dennis Bodenbenner, Staatsanwaltschaft Frankfurt a.M.:***

***Es ist so, dass der Verdacht eben dahingehend sich konkretisiert hat, dass hinsichtlich der Vorfälle die Gelder aus Betäubungsmittelgeschäften stammen könnten. Das ist Gegenstand der verdachtsbezogenen Ermittlungen, auch im Hinblick auf die Geldwäsche.***

Mehr als 100 Immobilienkäufe werden überprüft. Es soll um rund 300 Millionen Euro gehen. Das Geld sei auch über ausländische Briefkastenfirmen nach Frankfurt geflossen, vermutet die Staatsanwaltschaft.

***O-Ton Dennis Bodenbenner, Staatsanwaltschaft Frankfurt: Es gibt Zuflüsse aus Ländern, die man gemeinhin als Steueroasen gemeinhin bezeichnet, es sind sogenannte Offshore-Gesellschaften, die da auftauchen.***

Geldwäscheexperten wissen aus Erfahrung: Firmen aus Steueroasen erschweren die Ermittlungen erheblich.

***O-Ton Sebastian Fiedler, stellv. Vorsitzender, Bund Deutscher Kriminalbeamter:***

***Bei der Geldwäsche spielen Briefkastenfirmen eine ganz zentrale Rolle, weil es darauf ankommt, die tatsächliche Herkunft des inkriminierten Geldes möglichst gut zu verschleiern. Und das gelingt mit Briefkastenfirmen nach wie vor natürlich noch ausgezeichnet.***

Auch dieses Doppelhaus wollen die verdächtigen Investoren kaufen. Er hat an den Verhandlungen teilgenommen, möchte anonym bleiben:

**„Das ist natürlich absolut sanierungsbedürftig.“**

Schlechter Zustand, aber gute Lage. Frontal 21 liegt ein Gutachten vor, das die eine Haushälfte auf rund 2,9 Millionen, die andere auf 1,8 Millionen Euro schätzt – insgesamt fast fünf Millionen. Die Kaufinteressenten aber boten mehr: 7,5 Millionen Euro.

**O-Ton Berater des Hauseigentümers:**

**Die 7,5 Millionen, die waren, also meiner Meinung nach, völlig überzogen - und auch die Meinung des Maklers. Und auch die Meinung des Maklers. Also, auch mal Makler befragen, dass wir da mal gerne einen Bonitätsnachweis hätten oder auch vom Notar bestätigt wissen, dass es sich da nicht um Geldwäsche handelt. Aber das wurde immer abgetan, von wegen der Personenkreis wär bekannt dafür, dass er viel Geld hat.**

Der Kaufvertrag wurde noch unterzeichnet, doch dann platzte das Geschäft. Die Interessenten wurden verhaftet.

In Frankfurt hätten diese Immobilienkäufer nicht nur einmal hohe Summen geboten. Auch bei öffentlichen Versteigerungen schlugen sie zu - sehr zum Ärger anderer Kaufinteressenten.

**O-Ton Novak Petrovic, Immobilienhändler:**

**Die haben den Handel, den normalen, üblichen Handel unterbunden, indem sie diese gigantischen, nicht nachvollziehbaren Summen, teilweise bis zu 60 Prozent über dem Verkehrswert, bezahlt beziehungsweise protokolliert haben.**

Dabei müssen Immobilienmakler und beteiligte Notare schon geringe Auffälligkeiten an die Polizei melden. So schreibt es das Gesetz vor. Doch das passierte in diesem Frankfurter Fall offenbar nicht. Auch bundesweit meldeten Makler im Jahr 2015 gerade mal 34 Verdachtsfälle, Notare sogar nur einen einzigen. Zum Vergleich: Banken meldeten 25.000 Verdachtsfälle.

Gerhard Schick von den Grünen ist sich sicher: Das Kontrollsystem könne so nicht funktionieren.

**O-Ton Gerhard Schick, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, MdB, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion:**

**Im Kern ist es so, dass wir Privatleute dazu verpflichten, ihre eigenen Kunden anzuschwärzen, um es mal auf den Punkt zu bringen. Und natürlich hat das seine Probleme, weil, wer tut**

**das schon gerne.**

Von den fünf Frankfurter Verdächtigen sitzen noch zwei in Untersuchungshaft. Wir kontaktieren die Anwälte. Einer antwortet, weist alle Vorwürfe zurück: Dass Drogen-Geld gewaschen worden sei, sei absurd.

Es gilt die Unschuldsvermutung. Ob es zu einer Verurteilung kommt, ist offen. Die gesetzlichen Hürden sind hoch, die entscheidenden Fakten oft nicht zu klären.

**O-Ton Sebastian Fiedler, stellv. Vorsitzender, Bund Deutscher Kriminalbeamter:**

**Wir müssen, um eine Geldwäsche nachzuweisen, auch Erkenntnisse darüber gewinnen, aus welchen tatsächlichen Straftaten das Geld kommt. Und wenn diese Ermittlungen im Ausland vonstattengehen müssen, wenn sie im außereuropäischen Ausland vonstattengehen müssen, dann ist das nicht nur kompliziert, langwierig, sondern in Teilen auch nicht von Erfolg gekrönt.**

Handeln könnte der zuständige Minister, Wolfgang Schäuble.  
Nachfrage:

**O-Ton Frontal 21:**

**Warum tun Sie nix gegen Briefkastenfirmen, deren Hintermänner unbekannt sind, die in Deutschland in den Immobiliensektor investieren?**

**O-Ton Wolfgang Schäuble, CDU, Bundesfinanzminister:**

**Wir haben ausdrücklich nach Panama sofort - das haben sogar die Grünen gelobt - sofort die Initiative ergriffen, nicht nur europäisch, auch global in den Vereinigten Staaten. Aber wir machen es auch national schon: Wir schreiben vor, dass alle, die in Zukunft geschäftliche Kontakte mit Briefkastenfirmen haben, das melden müssen. Das ergänzen wir jetzt, das haben wir damals unmittelbar gesagt, durch Register über die wirtschaftlichen Eigentümer, „the beneficial owner“. Damit wir wissen, wer steckt hinter dem Briefkasten.**

Doch das Gesetz greife zu kurz und komme zu spät. Das Register habe Schäubles Ministerium jahrelang blockiert. Und, nur deutsche Firmen müssten Briefkastenfirmen melden, nicht aber ausländische Unternehmen, kritisiert die Opposition.

**O-Ton Gerhard Schick, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, MdB, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion:**

**Die meisten politischen Akteure in Deutschland haben noch nicht verstanden, dass eben Deutschland ein zentraler Platz ist für kriminelle Strukturen aus aller Welt. Weil man hier relativ leicht werthaltige Assets, also Immobilien und**

***mittelständige Unternehmen, die richtig Wert haben, erwerben kann und damit illegales Geld waschen kann.***

Ein weiteres Problem: Die deutsche Geldwäsche-Aufsicht für Immobilien ist schlecht organisiert. Schon 2012 bemängelte der Bundesrat: „**Zuständigkeitszersplitterung**“, „**Vollzugsdefizite**“, „**Nachlässigkeit in der Geldwäscheprävention**“.

***O-Ton Michael Dewald, Leiter der Financial Intelligence Unit, BKA:***

***Es würde wesentlich besser funktionieren, wenn man eine einheitliche Aufsicht hätte. Und damit gegenüber den Verpflichteten auch mit einer Zunge, mit einer Sprache gesprochen würde und ein einheitliches Auftreten gewährleistet wäre.***

Doch statt für einheitliche Aufsicht zu sorgen, gründet Schäuble lieber eine weitere Behörde, eine Zoll-Einheit gegen Finanzverbrechen. Das werde wenig nützen, bemängeln Kriminalisten, solange Makler und Notare Verdächtige nicht anzeigen. Besser wäre, wenn Immobilieninvestoren nachweisen müssten, woher ihr Geld kommt.

***O-Ton Sebastian Fiedler, stellv. Vorsitzender, Bund Deutscher Kriminalbeamter:***

***Aus meiner Sicht müssen wir dringend eine Diskussion darüber führen, dass in den Fällen, wo der Staat Erlaubnisse erteilt und Geld eine Rolle spielt, er auch verlangen darf, dass derjenige, der Geld investieren will, um diese Erlaubnis zu erhalten, dass der auch beweist, aus welcher Quelle das Geld kommt.***

Doch das ist nicht in Sicht. Und so machen löchrige Gesetze und eine schwache Aufsicht es Geldwäschern in Deutschland weiter leicht.

**Zur Beachtung:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.